

# BASis Info 1/2012

Neues von der Duisburger SPD-  
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

**SPD**

03.02.2012



Liebe Leserin, lieber Leser,

das politische Jahr in Berlin begann für mich am 12. Januar mit der Klausur des SPD-Fraktionsvorstandes. Ein Themenschwerpunkt für 2012: Entwicklung von Strategien gegen Rechtsextremismus sowie unsere SPD-Initiative zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Neonazi-Mordserie. Diesen Ausschuss haben wir vergangene Sitzungswoche fraktionsübergreifend beschlossen. Wir wollen Licht ins Behördendunkel bringen, kämpfen für ein NPD-Verbot und müssen als Politik auch jeden Nährboden für Rechts-extremismus austrocknen.

In Stadtteilen wie Hochfeld werden die Lebensumstände für alteingesessene Hochfelder wie für Armutsflüchtlinge aus Bulgarien und Rumänien immer unerträglicher und das ruft auch die braunen Verführer auf den Plan. Wir Demokraten müssen uns um diese Integrationsprobleme kümmern, auch um rechten Tendenzen keinen Fußbreit Platz zu geben. Hans Pflug und ich haben daher in Berlin einige Initiativen gestartet. Ich erwarte, dass Adolf Sauerland

das Thema jetzt endlich auch beim Städtetag auf die Tagesordnung setzt (s. Seite 3).

In gut einer Woche steht aber erst einmal die Abstimmung über die Abwahl von Herrn Sauerland als Oberbürgermeister unserer Stadt auf der Tagesordnung. Ich rufe vor allem auch die 16- oder 17-jährigen Erstwähler zur Wahl auf. Viele von ihnen waren auf der Loveparade und mussten anschließend miterleben, dass der Oberbürgermeister bis heute keinen angemessenen Umgang mit dieser Katastrophe gefunden hat und auch in Zukunft nicht finden wird. Duisburg hat die Wahl und sollte sie nutzen.

Die SPD beteiligt sich als Teil des Bündnis Abwahl natürlich auch an den Kosten. Wie alle Bündnispartner im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Herr Mahlberg tut jetzt allen Ernstes so als wenn wir dies je verheimlicht hätten. Was hätte er wohl gesagt, wenn die SPD keine Unterstützung geben würde. „SPD hält Pulver für OB-Wahlkampf trocken“?

Das breite gesellschaftliche Abwahlbündnis leistet in diesen Wochen auch bei eisigen

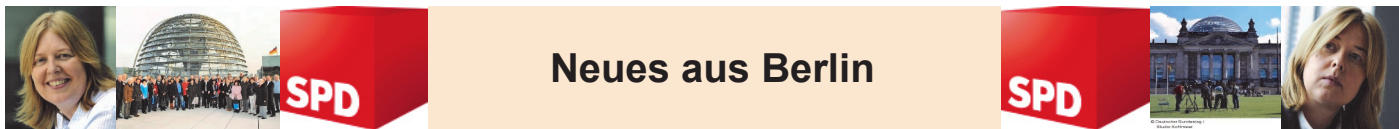
Temperaturen in Duisburg unglaublich engagierte Arbeit. Das merken sogar Herr Sauerland und Herr Mahlberg. Deshalb gibt es jetzt 7000 Flyer, eine Homepage und Reklame in türkischsprachigen Zeitungen. Wahlkampf sei das aber natürlich nicht. Wenn die Sache nicht so ernst wäre, käme man aus dem Lachen gar nicht mehr raus. Und dann fordert Herr Mahlberg auch noch einen SPD-Kandidaten, weil er offenbar glaubt, dass Herr Sauerland abgewählt wird. Am 12. Februar geht's um Sauerlands Verantwortung im Zusammenhang mit der Loveparade-Katastrophe. Alles andere besprechen wir im Bündnis, wenn die Abwahl erfolgreich sein sollte. Das sind wir alleine den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, die mit ihren fast 80.000 Unterschriften das Abwahlverfahren erst möglich gemacht haben.

Viele Menschen haben schon per Briefwahl abgestimmt. Das ist wichtig, aber wir müssen jetzt dran bleiben.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B. Bas'.

Bärbel Bas



## STICHWORT: Das gesundheitspolitische Jahre 2012

Auf der Tagesordnung des Gesundheitsausschusses für 2012 steht vor allem Unerledigtes aus dem vergangenen Jahr. Das wichtigste gesundheitspolitische Projekt der schwarz-gelben Bundesregierung war 2011 der Wechsel des Gesundheitsministers und Rösler ließ seinem Nachfolger Bahr eine übervolle Agenda zurück.

Was Daniel Bahr kürzlich als **Pflegereform** vorgestellt hat, ist nicht mehr als eine Beitragserhöhung mit ein paar Leistungsverbesserungen. Ein "Jahr der Pflege" sieht anders aus, als Leistungen für dementiell Erkrankte – im Übrigen eingeführt von Ulla Schmidt – etwas auszuweiten. Stattdessen verkämpfte sich die FDP dort, wo außer ihr keiner mehr hin will: Beim Aufbau eines kapitalgedeckten Beitrags. Mitten in der dicksten Finanzkrise, sucht Daniel Bahr die Lösung für die Risikoabsicherung von Millionen von Menschen in noch mehr Markt und noch mehr Risiko. Eine ernsthafte und umfassende Pflegereform ist dringend notwendig. Die Reserven der Pflegeversicherung sind in wenigen Jahren verbraucht. Bis dahin müssen wir die Finanzierung gesichert haben – durch eine Bürgerversicherung in der Pflege. Wir müssen die Pflegeinfrastruktur auf die steigende Zahl von Demenzkranken mit Betreuungsbedarf ausrichten. Wir müssen die Pflegeberatung erweitern und

wir müssen unbedingt die Arbeitsbedingungen der Pflegefachkräfte verbessern. Vieles ließe sich in einer mutigen Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs angehen.

Trotz des **Landärztegesetzes**, beschlossen im Dezember 2011, wird sicher kein einziger Arzt dorthin gehen, wo er wirklich gebraucht wird. Das Gesetzgebungsverfahren war so chaotisch und verworren, dass am Ende selbst die Fachleute der schwarz-gelben Koalition die Übersicht verloren haben. Sicher ist nur: Die Versorgungsprobleme werden nicht gelöst. Da muss die nächste Bundesregierung wieder ran. Und teurer wird es für die Versicherten trotzdem.

Aus 2011 übrig geblieben ist auch das **Patientenrechtgesetz**. Hier kämpft die FDP ausnahmsweise mal mit sich selbst: Von den ambitioniertesten Plänen ist kaum noch etwas zu erkennen im stetigen Ringen von BMG, Ärztelobby und Bundesjustizministerium. Übrig blieb eine Anpassung des Rechts an die Rechtsprechung. Nötig wären eine niedrighschwellige Beweislastumkehr bei Behandlungsfehlern, ein Entschädigungsfonds nach Behandlungsfehlern, Patientenbriefe in verständlichem Deutsch, verpflichtende Fehlervermeidungsstrukturen und eine Stärkung der Patientenrechte in der gemeinsamen Selbstverwaltung.

In der **Krankenhaushygiene** ist die Bundesregierung ebenfalls sehr zögerlich vorgegangen. Erst nach der EHEC-Krise scheint sie sich nun zu wenigen substantiellen Verbesserungen durchzurufen. Verkürzte Meldefristen für Krankenhausinfektionen - in Zeiten des Internet eine Selbstverständlichkeit - hätte sie mit uns schon im letzten Jahr haben können. Was weiter fehlt sind strenge Vorschriften und Kontrollen für die Behandlung von Risikopatienten mit multiresistenten Keimen.

Im **Arzneimittelbereich** geht die Koalition einen Schritt vor, um zwei zurück zu springen. Kaum geht das erste Medikament in die neue frühe Nutzenbewertung und Preisverhandlung, kommt die Union der Pharmaindustrie wieder entgegen. Zwar will man nicht zu den Zuständen vor dem AMNOG zurück, die schärfsten Zähne sollen der Nutzenbewertung aber gezogen werden. Nachher könnte sich ja herausstellen, dass ein neues Medikament gar nicht so innovativ ist und die Krankenkassen dann nur niedrigere Erstattungspreise zahlen.

Eine Vorhersage für das gesundheitspolitische Jahr 2012 lässt sich mit Sicherheit treffen: Auch in diesem Jahr wird Schwarz-Gelb die Probleme nicht anpacken, alle relevanten Entscheidungen werden in der "Wiedervorlage nach 2013" landen.



## Planspiel Zukunftsdialog 2012

Hans Pflug und ich laden zwei Jugendliche aus Duisburg zum 1. Planspiel Zukunftsdialog der SPD Bundestagsfraktion vom 6. bis 8. Mai 2012 nach Berlin ein. 150 Jugendliche aus ganz Deutschland simulieren an Originalschauplätzen die Arbeit der Abgeordneten und basteln eigene Politikkonzepte zu Zukunftsthemen wie Arbeitspolitik, Bildung und Integration. Interessierte zwischen 15 und 20 Jahren können sich noch bis 29. Februar in unseren Wahlkreisbüros bewerben. Weitere Infos gibt's mit einem Klick hier.

**Das Mehrgenerationenhaus** der AWO an der Börsestraße hält seine Türen jetzt sicher bis 2014 offen für Duisburger aller Generationen und bietet auch weiterhin ein Programm für jung und alt. Auf Bundesebene haben wir die Anschlussfinanzierung gesichert und am Dienstag wurde ich als eine neue Patin des einzigen Duisburger Mehrgenerationenhauses im Rahmen eines Pressegesprächs vorgestellt.

## Hochfeld nicht im Stich lassen

“Daher teilt die Bundesregierung die Einschätzung(...) nicht, es handele sich bei der Zuwanderung von Bulgaren und Rumänen nach Deutschland um eine “Armutswanderung”. So antwortet das Bundesinnenministerium auf meine aktuellste Anfrage zur Lage bei der Zuwanderung in Hochfeld und

dieser Satz macht deutlich: Die schwarz-gelbe Bundesregierung versteht auch bei diesem Thema einfach nicht die Probleme der Menschen in sozial-schwachen Städten wie Duisburg. Zusammen mit Hans Pflug habe ich auf Bundesebene erste Initiativen gestartet, denn der Bund kann Städte wie Duisburg nicht so

einfach alleine lassen und die EU ist in der Pflicht, für Bleibeanreize in den Herkunftsländern zu sorgen. Mit einem Klick hier kommen Sie zu meinem Gastkommentar auf [www.xtranews.de](http://www.xtranews.de) und am Sonntag um 16 Uhr berichtet auch das WDR-Fernsehen in der Sendung Cosmo TV.

## +++Auszug aus meinem Kalender+++

+++06.-10.02.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++12.02.: Abwahl des Oberbürgermeisters in Duisburg+++

+++13.02.: Besuch im Merca-

tor Gymnasium+++

+++16.02.-20.02.: Karneval in Duisburg+++

+++22.02.: MRSA-Vortrag bei der AWO-Bissingheim+++

+++23.02.: Informationsge-

spräch in der Arbeitsagentur Duisburg+++

+++27.02.-02.03.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++Weitere Informationen unter [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)+++



## Neues am Ende



### Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes

Wie bei der Abstimmung zum ISAF-Einsatz in Afghanistan 2011 bin ich in diesem Jahr konsequent bei meinem NEIN geblieben. Auch dieses Mal ist mir die Entscheidung nicht leicht gefallen.

Bei Abstimmungen über Fragen von Krieg und Frieden ist jede Abgeordnete nur dem eigenen Gewissen verpflichtet und für mich hat das Thema auch eine hohe persönliche Bedeutung: Mein Bruder ist Berufssoldat. Ich kann es auch diesmal nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, ihn und viele andere junge Menschen in diesen gefährlichen Einsatz zu schicken.

Meiner Überzeugung nach brauchen wir einen stufenweisen Abzug der deutschen Truppen. Die Bundesregierung hat in ihrem Antrag schon einige Abzugsforderungen der SPD übernommen. Eine Reduzierung des Bundeswehrrkontingents von 5.350 auf 4.900 wäre für mich aber nur angemessen, wenn auch tatsächlich 450 Soldatinnen und Soldaten zurück nach Deutschland kehren würden.

Lesen Sie in der Rubrik „Gläserne Abgeordnete“ auf [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de) die vollständige Erklärung zu meinem Abstimmungsverhalten.



### Praktikant des Monats

war im Januar 2012 der mittlerweile 21-jährige Florian Hackmann. Florian kommt eigentlich aus Berlin, studiert aber seit einem Semester Politikwissenschaft an der Universität Mannheim. Florian ist SPD-Mitglied und engagiert sich neben seinem Studium unter anderem in seinem Mannheimer Ortsverein und der Juso-Hochschulgruppe.

### Neues aus meinem Tagebuch

Bei einer Mail auf „Allen antworten“ zu klicken ist selten eine gute Idee. Das weiß jetzt auch Babette (<https://www.facebook.com/babette.fansite>). Die Mitarbeiterin der Grünen-Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl hatte nur eine Abholbenachrichtigung weiterleiten wollen. Mit ihrer Antwort „an alle“ und gutem Timing mitten in der Mittagspause provozierte sie aber insgesamt 174 „Antworten an alle“ fraktionsübergreifend aus anderen MdB-Büros und legte so den Bundestag kurzzeitig lahm. Statt Mittagessen zu gehen, kursierten Bilder von Essen oder Wetterberichte aus den Wahlkreisen. Mein Büro hat natürlich pflichtbewusst weitergearbeitet. Viel zu lachen gab es trotzdem.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat den 1. Antrag in sogenannter „Leichter Sprache“ eingebracht, weil wir barrierefreie Zugänge zu den wesentlichen Bundestags-Entscheidungen schaffen wollen. Für uns ist das ein Pilotprojekt, für Bundestagspräsident Lammert genügte der Antrag nicht den formalen Kriterien. Wir haben einen Kompromiss gefunden. Lesen Sie hier die Hintergründe auf [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de).

Karneval im Bundestag oder Hausmitteilung 029/2012 der Gleizeitstelle. „Alle Beschäftigten können - sofern dienstliche Gründe nicht entgegenstehen - ab 15 Uhr mitfeiern.“ Berlin liegt eben nicht im Rheinland, Duisburg schon. Zum Glück. Helau.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

### Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607

Fax: 030 / 227 76607

[baerbel.bas@bundestag.de](mailto:baerbel.bas@bundestag.de)

[www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)